Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/15/2902-01	Termin 03.07.2013	Sozialausschuss
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
03.07.2013	Sozialausschuss	K		

Berichtsgegenstand

Tätigkeitsbericht 2012 des Bereiches Gesundheitswesen

Sachdarstellung

Die Aufgabenschwerpunkte des Bereiches Gesundheitswesen werden in dem beiliegenden Tätigkeitsbericht 2012 dargestellt. Dieser Tätigkeitsbericht bedient sich der vor Ort gesammelten, statistischen Daten aus dem Jahr 2012. Der Bereich Gesundheitswesen zeigt sich für eine komplexe mehrdimensionale Aufgabenstellung verantwortlich und aufgrund des Selbstverständnisses des Bereiches beschränkt sich das vorliegende Dokument nicht auf die reine Darstellung von Verwaltungsakten und Fallzahlen. Es finden sich ebenso explizite gesundheitsrelevante Inhalte und auch Tätigkeiten des Bereiches wieder, die sich einer einfachen Quantifizierung entziehen.

Bei dieser Vorlage handelt es sich lediglich um eine Kurzfassung des Gesamtberichtes, der aber auf der Homepage des Bereiches Gesundheitswesen der Stadt Oberhausen abrufbar sein wird.

Der Tätigkeitsbericht des Bereiches 3-4/Gesundheitswesen soll ab diesem Jahr regelmäßig jährlich erscheinen.

Anlage

Kurzübersicht des Tätigkeitsberichtes 2012

Bereichsleiter Bereich 3-4	Dezernat 4	Kämmerer	Oberbürgermeister
Dr. Karbach 20.06.2013	Lauxen 20.06.2013	Datum	Datum

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Anlage

Kurzübersicht des Tätigkeitsberichtes des Bereiches Gesundheitswesen der Stadt Oberhausen 2012

Gliederung:

1. **Allgemeines / Übersicht**
   - Allgemeines
   - Aufgabenschwerpunkte
   - Struktur
   - Personal

2. **Aktivitäten**
   - MRE-Netzwerk
   - Allgemeine Verwaltung / medizinisch- technischer Dienst / Gesundheitsplanung
   - Ärztlicher Dienst / Hygiene / Umweltmedizin
   - Kinder- und Jugendgesundheitsdienst / Zahnmedizinischer Dienst
   - Sozialpsychiatrie / Gesundheitshilfen

3. **Projekte**
   - Übersicht der geplanten oder durchgeführten Projekte und Veranstaltungen des gesamten Bereiches

4. **Öffentlichkeitsarbeit**
   - Übersicht der Öffentlichkeitsarbeit des gesamten Bereiches z.B. in Form von Flyern oder dem Internetauftritt

5. **Analyse**
   - MRE-Netzwerk
   - Belehrungen
   - Hygiene
   - Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
   - Zahnmedizinischer Dienst
   - Sozialpsychiatrischer Dienst
   - Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung
   - Beratungs- und Betreuungsstelle für HIV und sexuell übertragbare Krankheiten
   - (Internes)

6. **Fazit**

1. Allgemeines / Übersicht

Allgemeines

Das Gesundheitsamt der Stadt Oberhausen, das im Rahmen des Verwaltungsaufbaus unter der Bezeichnung Bereich 3-4/Gesundheitswesen firmiert, ist in seiner Eigenschaft als Gesundheitsfachverwaltung eine kommunale Behörde, steht aber als „untere Gesundheitsbehörde“ unter staatlicher Aufsicht der zuständigen Bezirksregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Eine Erklärung für eine möglicherweise nach außen scheinende umfassende Zuständigkeit in Sachen Gesundheit ist evtl. in dieser Doppelfunktion zu suchen.

Der Begriff „untere Gesundheitsbehörde“ mag u. U. nicht in das Bild des besonders in Oberhausen eingeführten Begriffes des „Rathauses ohne Ämter“ passen. Hält man sich jedoch vor Augen, dass eine Infektionskrankheit, die sich, wie z. B. die Influenza, epidemisch oder sogar pandemisch ausbreitet, durch die Arbeit des Gesundheitsamtes an ihrer Ausbreitung gehindert werden soll, so zeigt sich, dass dieses Problem sicher nicht an Landesgrenzen und erst recht nicht an den (engen) Grenzen einer Kommune halt macht, sondern mindestens regionale, im Beispielfall auch überregionale Bedeutung hat und ein abgestimmtes Verhalten der unteren Gesundheitsbehörden aller Städte eines Landes verlangt oder sogar voraussetzt. Insofern wäre ein kommunal orientiertes Vorgehen nicht zielführend.

Der hier vorliegende erste offizielle Tätigkeitsbericht des Gesundheitsamtes Oberhausen soll nicht nur lediglich ein Arbeitsbeleg des Bereiches 3-4/Gesundheitswesen sein. Er will auf Grund seiner demnächst jährlichen Erscheinungsweise einen Beitrag liefern, die Bürger dieser Stadt näher mit dem Thema öffentliche Gesundheit und ihrer Bedeutung für das Gemeinwesen vertraut zu machen. Der Tätigkeitsbericht wird auf der Homepage der Stadt Oberhausen veröffentlicht. Da es sich um eine erste Ausarbeitung dieser Art handelt, fällt der einführende Teil des Berichtes, in dem die Aufgaben des Gesundheitsamtes dargestellt werden, naturgemäß etwas ausführlicher aus. Im Rahmen dieser Darstellung wird versucht, die Arbeit des Gesundheitsamtes näher zu kennzeichnen und Schwerpunkte der Tätigkeit herauszuarbeiten. Angesichts der engen ökonomischen Rahmenbedingungen wird der Versuch unternommen, darzustellen, wie der Spagat des ggf. durch verantwortliche Beschränkung des Ressourceneinsatzes erreichbaren „Wünschenswerten“ mit dem durch die Formulierung von Arbeitsschwerpunkten „Machbaren“ profiliert umgesetzt werden kann.

Aufgabenschwerpunkte

Typisierung der Aufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes auf kommunaler Ebene

Die Aufgaben, die der Bereich Gesundheitswesen zu erledigen hat, lassen sich unter Beachtung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG vom 25. November 1997) in folgender Weise kategorisieren:

- Aufgaben in Bezug auf die Qualitätssicherung und den Infektionsschutz
- Aufgaben in Bezug auf Steuerung und Koordinierung
- Aufgaben in Bezug auf Gesundheitshilfe
- Aufgaben in Bezug auf Gesundheitsschutz, Prävention und Gesundheitsförderung
- Aufgaben in Bezug auf die Förderung der Kindergesundheit
- Aufgaben in Bezug auf die gutachterliche Tätigkeit

Struktur

- FB 3-4 Bereichsleitung
- FB 3-4-10 Allgemeine Verwaltung / medizinisch-technischer Dienst / Gesundheitsplanung
- FB 3-4-20 Ärztlicher Dienst / Hygiene / Umweltmedizin
- FB 3-4-30 Kinder- und Jugendgesundheitsdienst / Zahnmedizinischer Dienst
- FB 3-4-40 Sozialpsychiatrie / Gesundheitshilfen
- FB 3-4-70 Versorgungsverwaltung

Personal

Im Jahr 2012 waren beim Bereich Gesundheitswesen 75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon 35 Personen in Teilzeit, 36 Personen in Vollzeit und 4 Personen als Honorarkräfte. Zusätzlich waren extern 4 von 15 Stellen in der Versorgungsverwaltung Essen besetzt.

Hier eine Übersicht der ausgeübten Berufe der Mitarbeitenden:

- Arzthelferinnen
- Außerplanmäßige Mitarbeitende
- Ärztinnen/ Ärzte
- Betriebswirtin VWA
- Bürogehilfinnen /Sekretärinnen
- Gesundheitsingenieurinnen/ Gesundheitsingenieure
- Gesundheitsaufseher/ Gesundheitsaufseherinnen, Gesundheitskontrolleure/ Gesundheitskontrolleurinnen
- Hygienetechniker
- Kinder- und Jugendärztin
- Logopädin
- MTA
- Motopädin
- (Diplom)Pädagoge
- Prophylaxeberaterinnen
- (Diplom)Sozialarbeiterinnen/ Sozialarbeiter
- (Diplom)Sozialpädagogin
- Verwaltungs(fach)angestellte, Verwaltungsfachwirtin
- Zahnärztin/Zahnärzte
- Zahnarzthelferinnen

2. Aktivitäten

MRE-Netzwerk (Mulit-Resistente Erreger)
Die Arbeit des Netzwerks soll dazu beitragen, einerseits das Problem der zunehmenden Resistenzentwicklung bakterieller Erreger gegenüber Antibiotika stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und andererseits in Zusammenarbeit mit den Kliniken und niedergelassenen ärztlichen Praxen sowie anderen Institutionen des Gesundheitssektors, z. B. Seniorenheimen, eine wirksame Strategie gegen die Ausbreitung resistenter Keime zu entwickeln.

Zu diesem Zweck wurde unter der Leitung des Bereiches 3-4/Gesundheitswesen eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich im Berichtszeitraum aus Vertretern der Oberhausener Krankenhäuser, der Feuerwehr und der AOK gebildet hat und in 2012 viermal zusammengekommen ist. Thema war u. a. die Vorbereitung und Durchführung eines sog. Prävalenzscreenings, das eines der zehn Qualitätsziele ist, deren Erreichen sich die Kliniken im Verlaufe des letzten Jahres gegenüber dem Gesundheitsamt schriftlich verpflichtet haben.

Nachdem im Jahr 2011 der Schwerpunkt der Arbeit auf der Durchführung des Prävalenzscreenings in Bezug auf die Häufigkeit von MRSA (Methicillinresistenter Staphylococcus aureus) bei stationär in Oberhausener Krankenhäuser aufgenommene Patientinnen / Patienten lag, bestand ein wichtiges Projekt 2012 darin, für die Beurteilung der Hygiene wichtige Daten in den Kliniken abzufragen und zu einem Gesamtbericht zusammenzufassen. Dieser sog. ÖGD- Report ist ein wichtiger Bestandteil bzw. eine wichtige Voraussetzung für die Erlangung des sog. Hygiene-Siegels, das alle Oberhausener Kliniken unter der Moderation des Bereiches Gesundheitswesen anstreben. Er soll diesem Bereich demnächst jährlich vorgelegt werden.

Das MRE- Netzwerk Oberhausen beschäftigte sich in seinen vier Sitzungen des Jahres 2012 außerdem noch mit folgenden Themen:

- Abrechnung der MRSA- Diagnostik im hausärztlichen Bereich
- Prästationäre Diagnostik bei MRSA
- Praxis des Eingangsscreenings auf MRSA in den Oberhausener Kliniken.

Allgemeine Verwaltung/ medizinisch-technischer Dienst / Gesundheitsplanung

Das Aufgabengebiet Verwaltung wird im Tätigkeitsbericht nur in Teilen berücksichtigt, da dort Aufgabengebiet vor allen Dingen „Hintergrundaufgaben“ und Koordinierungsaufgaben stattfinden, die sich für eine Berichtsdarstellung nicht eignen. Auszugsweise werden aus dem Gesamtaufgabengebiet die Sachgebiete „freiverkäufliche Arzneimittel / Schädlingsbekämpfung“, „Belehrungen nach dem IfSG“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ für eine Darstellung ausgewählt.

Das Tätigkeitsfeld der Gesundheitsplanung umfasst unter anderem die beiden großen Tätigkeitsfelder Sucht- und Psychiatriekoordination und Gesundheitsfürsorge.

Der medizinisch-technische Dienst stellt ähnlich wie der Verwaltungsbereich eine interne Dienstleistung zur Verfügung. Besonderheit am medizinisch-technischen Dienst ist, dass er nicht nur Dienstleistungen für den Bereich 3-4 erbringt, sondern auch für andere Bereiche der Verwaltung, z. B. für den Betriebsärztlichen Dienst, den Bereich 3-2, etc. und für externe Auftraggeberinnen/ Auftraggeber, hier insbesondere für das Amtsgericht Oberhausen, tätig ist. Ein Hauptgebiet der Gesundheitsplanung ist die Öffentlichkeitsarbeit und die Planung, Begleitung und Durchführung von Projekten und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung.

Die Psychiatrie- und Suchtkoordination umfasst ein breites Kontingent an Aufgaben. Zu diesen zählen die Geschäftsführung verschiedener Bereiche, die Vertretung des Bereiches in unterschiedlichen Gruppen und Konferenzen sowie die Durchführung verschiedener Projekte und Fachtagungen. Zu den Aufgaben gehört auch die Durchführung der Hilfeplankonferenzen. Für das *Bündnis gegen Depression Oberhausen,* an dem die Gesundheitsplanung durch Beschluss der Gesundheitskonferenz 2008 beteiligt ist, wurde eine Fachtagung am 13.03.2012 durchgeführt.

Im Jahr 2012 wurden der Hilfeplankonferenz 229 Erstanträge (2011: 116) und 370 Folgeanträge (2011: 347) zur Entscheidung vorgelegt. Anfang des Jahres 2012 teilte der LVR mit, dass die externe Begutachtungsaktion aus dem Jahre 2011 nun beendet sei. Durch die Aktion hatten sich im gesamten Jahr 2011 die Bearbeitungszeiten der Hilfepläne zum Teil erheblich verlängert. Dies bedeutete für die Anbieter des betreuten Wohnens oft schwer erträgliche Wartezeiten und Erbringung von Vorleistungen bis zur Bewilligung und damit letztendlich erst zur Planungssicherheit. Nach Beendigung der externen Begutachtungsaktion des LVR normalisierten sich Bearbeitungszeiten und zeitnahe Bewilligung der Leistungen sehr schnell wieder und die Lage entspannte sich für die örtlichen Anbieter deutlich über das ganze Jahr 2012.

Die Tätigkeit des Medizinisch – technischen – Dienstes ist als eine Querschnittsdienstleistung zu sehen. Die durchzuführenden Arbeiten werden sowohl bereichsintern, hier durch den amtsärztlichen Dienst/Sozialmedizin und durch das Aufgabengebiet „sexuell übertragbare Krankheiten“, als auch von anderen Bereichen der Stadt Oberhausen in Auftrag gegeben. Insbesondere besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Betriebsärztlichen Dienst der Stadt Oberhausen, dem Fachbereich 3-2-30 Jugend und Soziales und der Jugendgerichtshilfe.

Ärztlicher Dienst / Hygiene / Umweltmedizin

Der Fachbereich 3-4-20/Ärztlicher Dienst, Hygiene, Umweltmedizin bearbeitet viele „Kernaufgaben“ eines Gesundheitsamtes. Es handelt sich bei diesen Aufgaben überwiegend um Pflichtaufgaben, in der Regel um solche „zur Erfüllung nach Weisung“. Beispielhaft seien die ärztliche Gutachtertätigkeit oder die Tätigkeiten im Infektionsschutz angeführt. Normativ werden die Aufgaben vorwiegend abgebildet im „Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst“ (ÖGDG) des Landes Nordrhein-Westfalen sowie im Infektionsschutzgesetz. Darüber hinaus spielen noch eine Reihe weiterer gesetzlicher Bestimmungen eine Rolle. Ein fachlicher Schwerpunkt des Fachbereiches 3-4-20 sind die Tätigkeiten der Qualitätssicherung in der Überwachung der Hygiene und des Infektionsschutzes.

Zu den Aufgaben der Umwelthygiene und umweltmedizinischen Beratungen gehören u. a. Stellungnahmen des Bereiches Gesundheitswesen zu Baugesuchen und Nutzungsänderungen, u. a. auch bei Bauvorhaben von Krankenhäusern und Altenheimen sowie auch das Verfahren zur Standortabstimmung hinsichtlich der Mobilfunkanlagen. Ebenso involviert ist der Bereich Gesundheitswesen in das Verfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz. Einen wichtigen Aufgabenbereich stellt außerdem die Überwachung des Trinkwassers dar. Die als Sonderprojekt in 2011 begonnene Erstellung der Hygienepläne für Kindertageseinrichtungen wurde in 2012 fortgesetzt.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit innerhalb des Fachbereiches 3-4-20 in 2012 war sicherlich die Kontrolle des Trinkwassers gemäß Trinkwasserverordnung. Zu erwähnen ist dabei natürlich die zum 1.11.2011 in Kraft getretene 1. VO zur Änderung der TrinkwasserVO. Im Rahmen der Abarbeitung der gesetzlichen Forderungen ergaben sich bundesweit erhebliche Schwierigkeiten in der Umsetzung durch die zuständigen unteren Gesundheitsbehörden. Dieses führte im Laufe des Jahres 2012 zu einer erneuten Gesetzesnovelle. Am 5.12.2012 ist die Zweite Verordnung zur Änderung der TrinkwasserVO in Kraft getreten.

Im Wesentlichen sind dabei drei Neuerungen, die ungeachtet der Streichung der Anzeigepflicht für Großanlagen zu einem erheblichen Mehraufwand für die unteren Gesundheitsbehörden führen, in Kraft getreten:
- Zeitweise Wasserverteilung
- Mobile Wasserversorgungsanlagen
- Untersuchung von Großanlagen zur Trinkwassererwärmung auf Legionellen

Ein wichtiges Vorhaben ist sicher auch, dem gestiegenen Informationsbedarf in Sachen Gesundheit dadurch Rechnung zu tragen, dass der Internetauftritt in Bezug auf den Infektionsschutz weiter verbessert wird. Denkbar ist dabei die Aufarbeitung und das Abrufen von Informationen, die bisher nicht oder nur sehr umständlich abgerufen werden konnten, wie z. B. eine Infektionsstatistik über meldepflichtige Erkrankungen nach dem Infektionsschutzgesetz in Oberhausen, differenziert nach Krankheitserregern.

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) / Zahnmedizinischer Dienst (ZGD)

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst hat als Hauptaufgabe die so genannte Schulgesundheitspflege. Hinter diesem Begriff verbirgt sich zu einem sehr großen Anteil die Schuleingangsuntersuchung aller jeweils neuen schulpflichtigen Kinder ggf. mit entsprechender Beratung der Eltern und der aufnehmenden Schulen. Gleichzeitig dient diese standardisierte Reihenuntersuchung zur Erhebung der epidemiologischen Daten im Rahmen der kommunalen und landesweiten Gesundheitsberichterstattung.

Darüber hinaus fungiert der KJGD für alle anderen Dienststellen, Ämter und Behörden (nicht nur kommunal) als begutachtende Stelle für personenbezogene Anfragen aus dem Bereich der Kindergesundheit.

Da im ärztlichen Bereich nahezu alle personenbezogenen Anfragen und Aufträge eine genaue Kenntnis der individualmedizinischen Situation erfordern, ist in der Mehrheit der Fälle eine Entscheidung nach Aktenlage ausgeschlossen. Das bedeutet, dass ca. 75% der Gutachtenaufträge zur Beantwortung eine umfassende individualmedizinische Untersuchung erfordern. Diese umfasst nach Prüfung vorgelegter Fremdbefunde – sofern vorhanden - neben der körperlichen Untersuchung und der Überprüfung des Seh- und Hörvermögens ggf. einen zusätzlichen Testanteil, welcher jeweils altersentsprechend standardisiert durchgeführt wird.

Die zentrale Aufgabe des Zahnmedizinischen Dienstes besteht in der Förderung der Mundgesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Chancen für eine gute Mundgesundheit in der Bevölkerung nicht gleichmäßig verteilt sind. Einige wenige Kinder und Jugendliche tragen die Hauptlast der Munderkrankungen. Die Bemühungen des Zahnmedizinischen Dienstes zielen darauf ab, diese Ungleichheit durch weitestgehende Flächendeckung der Prophylaxemaßnahmen zu verringern.

Kernstück präventiver Maßnahmen im Sinne des § 21 Sozialgesetzbuch V ist deshalb die bedarfsgerechte, aufsuchende Betreuung der Kinder und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen (Gruppenprophylaxe).

Die zahnmedizinische Gruppenprophylaxe umfasst folgende Einzelmaßnahmen:
- ► Zahnärztliche Untersuchung
- ► Gesundheitsaufklärung und Ernährungslenkung
- ► Praktische Zahnputzübungen und spezifische Maßnahmen zur Verbesserung der Mundhygiene
- ► Zahnschmelzhärtung mit Fluoriden
- ► Informationsbesuche im Mundhygienezentrum zum Abbau von Ängsten

► Intensivprophylaxemaßnahmen für Kinder mit sehr hohem Kariesrisiko

In Bezug auf die Betreuungshäufigkeit unterscheiden wir zwischen einer Basisprophylaxe und der Intensivprophylaxe.

Die Basisprophylaxe erstreckt sich auf Kinder bis zum vollendetem 12. Lebensjahr und beinhaltet zwei Prophylaxeübungen pro Jahr für jede Kindergartengruppe / jede Schulklasse.

Im Rahmen der Intensivprophylaxe werden Kindergärten und Schulen mit überdurchschnittlich hoher Erkrankungsrate 3-4mal jährlich aufsuchend betreut. Für Förderschulen und weiterführende Schulen besteht ein Betreuungsanspruch bis zum 16. Lebensjahr.

Sozialpsychiatrischer Dienst / Gesundheitshilfen

Der sozialpsychiatrische Dienst nahm auch 2012 Pflichtaufgaben der unteren Gesundheitsbehörde gemäß PsychKG (Psychisch-Kranken-Gesetz) und ÖGDG (Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst) zum Schutz und zur Hilfe psychisch Kranker und suchtkranker Menschen wahr. Es wird das Ziel verfolgt, durch Vor- und nachsorgende Hilfen sowie durch Kriseninterventionen die gesundheitlichen und sozialen Schäden durch Suchtkrankheiten und psychische Behinderungen so gering wie möglich zu halten. Insbesondere die Gruppe derjenigen Erkrankten und Behinderten, die krankheitsbedingt keinen direkten Zugang zu anderen medizinischen oder psychosozialen Versorgungseinrichtungen finden, wurde hier medizinisch und sozial beraten, betreut oder zu geeigneten Hilfseinrichtungen weitervermittelt.

Im Jahr 2012 konnten durch den Fachdienst auf diese Weise insgesamt **906** Patientinnen/ Patienten erreicht werden. Die Kontaktbahnung erfolgte im Unterschied zu anderen psychiatrischen Angeboten eher selten auf eigene Initiative der betroffenen Person, sondern häufiger durch Menschen des persönlichen Umfeldes (Nachbarinnen/ Nachbarn, Angehörige) oder durch Institutionen und Ordnungsbehörden (z.B. Sozialstation, Sozial- oder Ordnungsamt, Polizei, Gerichte, Krankenhäuser).

Nach den gesetzlichen Vorgaben bot der Fachbereich auch in dieser Berichtsperiode eine Palette vielfältiger Dienst- und Hilfeleistungen an, z.B.
- Alkohol- und medikamentenabhängigen Menschen wurden Beratungs- und Therapiemöglichkeiten vermittelt,
- Beratung über mögliche Hilfen,
- Vermittlung weiterführender therapeutischer und rehabilitativer Angebote,
- Einleitung von Maßnahmen der Krisenintervention,
- Unterstützende Lebensberatung unter Berücksichtigung des sozialen Umfeldes,
- Vermittlung betreuter Wohnformen und Lebenshilfen,
- Früherkennung, Kontaktaufnahme und Situationsklärung.

Angegliedert an den Fachbereich blieb im Kalenderjahr 2012 noch die gesetzlich vorgeschriebene Behindertenberatung (Pflichtaufgabe gem. § 59 SGB XII sowie gem. §§ 14, 15, 16 des ÖGDG sowie des SGB IX).

Der Fachdienst stand auch im Jahre 2012 als zentrale und neutrale Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen mit dem Angebot einer unterstützenden Lebensberatung zur Verfügung und war auch Kontaktstelle für alle Bereiche der Verwaltung im Rahmen der Kommunikation mit behinderten Bürgerinnen und Bürgern. Manchen Menschen mit Behinderung konnten die Wege durch verschiedene Institutionen aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten durch umfassende Information, Beratung über

medizinisch/therapeutische, rechtliche, finanzielle und technische Hilfen und Unterstützung bei Anträgen und Widersprüchen erspart werden.

Die Behindertenberatung stand in ihrer Arbeit in Kooperation mit Jugend- und Sozialverwaltung, Ärztinnen und Ärzten sowie Therapeutinnen und Therapeuten, heilpädagogischen und integrativen Kindertageseinrichtungen, Förderschulen, Rehabilitationseinrichtungen, ambulanten und stationären Einrichtungen. Sie vermittelte Patientinnen und Patienten an geeignete externe Leistungsanbieter, z.B. Kliniken, therapeutische Ambulanzen, Selbsthilfegruppen, Trägern von Freizeitangeboten u.ä.

Sozialmedizinische Begleitung und Beratung wurden beim Aufnahmeverfahren für die Kindertagestätten und den Schulbereich in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendärztlichen Gesundheitsdienst sowie dem kinderpädagogischen Dienst bereitgestellt. Eine Mitarbeiterin der Fachberatungsstelle nahm auch an orthopädischen Sprechstunden im Alsbachtal sowie an Sitzungen des Arbeitskreises "Betreuung von behinderten Kindern in Kindertageseinrichtungen" des Kinderpädagogischen Dienstes teil.

Die Behindertenberatung mit ihrer dezentralen Organisation an beiden Standorten des Bereichs Gesundheitswesen bot sich als umfassende Ansprechpartnerin für Behinderte und ihre Familien an und erreichte im Jahr 2012 insgesamt **424** erwachsene und minderjährige Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen. Zielgruppe der Beratung waren Menschen mit körperlichen, geistigen und Sinnesbehinderungen, sowie von Behinderung bedrohte Menschen (insbesondere Kinder, deren Gesamtförderbedarf und Förderort noch nicht abschließend beurteilt werden kann) und chronisch kranke Menschen einschließlich deren Kontaktpersonen.
Die Beratungs- und Betreuungsstelle für HIV und sexuell übertragbare Krankheiten bot auch weiterhin die gesetzlich der Kommune aufgetragene Beratung in Komm- und Gehstruktur für von sexuell übertragbaren Krankheiten gefährdeten Personen, HIV-infizierte bzw. AIDS-kranke Personen sowie deren Partner/innen und Angehörige an, in der Präventionsarbeit aber generell auch allen Bürgerinnen und Bürgern:

- Durchführung von HIV-Tests einschließlich anonymer Beratung
- Auskünfte zu allgemeinen und speziellen Fragen zum Thema AIDS und HIV
- Beratung und betreuende Hilfestellung für HIV-Infizierte und erkrankte Personen
- Beratung zu sexuell übertragbaren Erkrankungen
- Aufsuchende Prävention (Schulen)
- Informations- und Fortbildungsveranstaltungen im schulischen Bereich in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Sexual-Pädagogik Oberhausen
- Real-Care Baby (Simulation der Versorgung eines Säuglings für Teenager)

3. Projekte

Im Jahr 2012 wurden folgende Tätigkeiten durchgeführt:

- Ausarbeitung des Projektes Gesundheitsportal

- Mitarbeit bei der Erstellung eines Verzeichnisses der Gesundheitspartner Oberhausen

- Erstellen von Listen der Hebammen, Psychotherapeuten und Heilpraktikern in Oberhausen für das amtliche Liegenschafts- und Kataster Informationssystem (Alkis)

- Organisation und Durchführung der sozialraumgebundenen Gesundheitstage an Oberhausener Grundschulen mit zahlreichen Kooperationspartnern. Erstellung von Unterrichtsmaterialien und Elterninformationen.

- Konzeptionierung, Organisation und Durchführung eines dreijährigen Pilotprojektes an der Gesamtschule Osterfeld zur Steigerung der Akzeptanz der Jugendgesundheitsuntersuchung J 1 mit dem Ziel der Ausweitung auf weitere Gesamtschulen in einem nächsten Schritt. Erstellung von zahlreichen Informations- und Werbematerialien
    - Elterninformation
    - Übersicht über Kinderärztinnen / Kinderärzte
    - Erinnerungszettel für die Schülerinnen / Schüler
    - Quittung des Arztes oder der Ärztin
    - Bestätigung der Eltern
    - Elternbrief in deutscher und türkischer Sprache

- Strukturvorschlag für ein Angebot auf der Seite des Bereiches Gesundheitswesen im Internet „Im Netz - bewegt und gesund ins Leben“ Tipps zur Gesundheitsförderung für Oberhausener Multiplikatoren/innen.

- Konzeptionierung und Umsetzung von Eltern-Kind-Nachmittagen zum Thema „Ernährung und Bewegung“ in Kindertageseinrichtungen in ausgewählten Sozialräumen durchgeführt von interkulturellen Gesundheitsmediatorinnen.

- Teilnahme an Sozialraumgesprächen und Beteiligung an der Entwicklung kleinräumig orientierter Strukturen und Angebote auf dem Gebiet der gesundheitlichen Versorgung

- Workshop zum Thema „Neue Kooperationsmodelle: Schule – Sportverein“ für Sportlehrkräfte und Betreuer/ Betreuerinnen im Ganztag in Kooperation mit dem Stadtsportbund.

- Entwicklung, Planung und Durchführung der Workshops der Gesundheitsplanung im Rahmen des Kooperationsprojektes „Menschenskind“ – eine Veranstaltungsreihe zur Kindergesundheit. Zielgruppe sind Eltern und Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen.

- Zusammenstellung der Angebote der Gesundheitsplanung für das Präventionsnetzwerk „Kein Kind zurücklassen“

- Bearbeitung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen des Kindergesundheitsberichtes 2011

- Koordinierung und Durchführung der jährlich stattfindenden Kampagne „Prävention und Früherkennung = 100 % - Für ein gesundes Oberhausen“. Dieses Projekt findet in Kooperation mit Oberhausener Krankenhäusern, Krankenkassen und Kassenärztlicher Vereinigung statt und soll die Akzeptanz von Früherkennungsuntersuchungen steigern.

- Mitwirkung bei Durchführung des neu aufgelegten Projektes „Ausbildung zur interkulturellen Gesundheitsmediatorin“.

- Erstellung eines Konzeptes für das Projekt: „Fortbildung zur Ernährungstrainer/in für die interkulturelle Küche“ im Setting Kindertageseinrichtungen und Umsetzung des Konzeptes. Suche einer passenden Seminarleiterin (Ökotrophologin) mit muslimischem Hintergrund, Kooperationsgespräche mit dem Integrationsrat und dem Facharbeitskreis Tagespflege.

- Für das Bündnis Depression Oberhausen wurde eine Fachtagung durchgeführt

- zwei Regionalkonferenzen

- Teilnahme an verschiedenen Gremien, Arbeitskreisen und Netzwerken z. B.

  - Geschäftsführung der Oberhausener Gesundheitskonferenz
  - Arbeitskreis „Pflege“
  - Leitung und Geschäftsführung des Arbeitskreises Kindergesundheit
  - Netzwerk Selbsthilfe
  - Mitarbeit in der dezernatsübergreifenden Expertengruppe „Integrierte soziale Stadtentwicklung“
  - Leitung der Projektgruppe „Bewegungsförderung, Ernährung, Übergewicht“
  - Mitarbeit im gemeinnützigen Verein Allianz Kindergesundheit.
  - Seniorenbeirat
  - Beirat für Menschen mit Behinderung
  - Geschäftsführung PSAG (Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft)
  - Geschäftsführung Hilfeplankonferenz Sucht und Psychiatrie
  - Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft Rheinischer Psychiatriekoordinatoren
  - Vorbereitungsgruppe der Regionalkonferenz
  - Regionalkonferenz
  - Hilfeplankonferenz für geistige und körperliche Behinderung
  - Verwaltung der Leistungsvereinbarung SGB II Beratung, SPZ/PGZ, Suchtberatung
  - Teilnahme am überregionalen Arbeitskreis der Geschäftsführer/innen der örtlichen Gesundheitskonferenzen
  - Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Oberhausen
  - Monatliche Hilfeplankonferenz LVR
  - Regionalkonferenzen psychiatrische Versorgung LVR
  - Pflegekonferenz Oberhausen
  - Depressionsnetzwerk
  - Arbeitskreis Gesundheit (Betriebl. Gesundheitsförderung der Stadtverwaltung)
  - Rheinischer Arbeitskreis der Psychiater und Psychiaterinnen im Öffentlichen Gesundheitswesen (R.A.P.S.)

- Informationsveranstaltungen zum Thema Sprachentwicklung und –förderung für Eltern in Kindertageseinrichtungen
- Die STD (Sexuell übertragbare Krankheiten)/ HIV- Fachkraft war im Rahmen aufsuchender Arbeit auch wöchentlich im Oberhausener Rotlichtbezirk für die dort arbeitenden Frauen ansprechbar.
- In den in ausgewählten Schulen durchgeführten Schulveranstaltungen wurden **240** Schülerinnen und Schüler zum Thema Pubertät, Sexualität, HIV, STD’s, Verhütung und zur J 1 Untersuchung erreicht.
- Das **Real-Care Baby** wurde an der Gesamtschule Weierheide 120 Schülerinnen und Schülern vorgestellt. Von diesen Schülerinnen und Schülern haben sich zwei mit dem Simulationsbaby übers Wochenende beschäftigt.

4. Öffentlichkeitsarbeit

- Flyer „Prävention und Früherkennung = 100%“ bewirbt die zahlreichen Aktionsstände in den Stadtteilen und den zentralen Oberhausener Vorsorgetag
- Flyer „Menschenskind“ zur Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem Paritätischen, Intego, Netzwerk Selbsthilfe, VHS, vor Ort e. V.“ zur Kindergesundheit
- Neuauflage des Flyers „Ernähren Sie Ihr Kind richtig“. Er beinhaltet Ernährungstipps für Eltern
- Mitgestaltung von „Change“ – dem Magazin der Bertelsmannstiftung“ Ausgabe 02/12 mit dem Schwerpunkt Kinder

- Erstellung der „Gesundheitsmappen für Ihr Kind“. Die Mappen erhalten junge Eltern bei der Anmeldung in einer Kindertageseinrichtung. Sie enthält wichtige Informationen zur Kindergesundheit. Jährlich werden ca. 2.100 Gesundheitsmappen angefertigt und mit Informationsmaterial zusammengestellt
- Koordination von Artikeln für O-Ton
- Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes für einen Internetauftritt des Bereiches 3-4
- Regelmäßige Pflege des Internetauftritts sowie Überarbeitungen und Ergänzungen
- Pflege der Oberhausener Angebote der Online-Datenbank „Gesundheitsförderung von sozial Benachteiligten“
- Überörtliche beispielhafte Platzierung des Kindergesundheitsberichtes 2011 bei der Stiftung Gesundheit, Plattform Ernährung und Bewegung e.V., aid (Infodienst) und Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e. V.
- Öffentlichkeitsarbeit zu den Projekten „Gesundheitstage an Grundschulen“ „Jugendgesundheitsuntersuchungen J1“ und „Menschenskind“. Für das Projekt J1 wurden ca. 2.000 Schüler und Schülerinnen der Jahrgangsstufe 7 angeschrieben und mit Infomaterial versorgt.

5. Analyse

MRE-Netzwerk

Der Arbeitskreis des MRE- Netzwerks erreichte erfreulicherweise eine Übereinstimmung in Bezug auf die Einführung eines für die Stadt Oberhausen einheitlichen Überleitungsbogens. Dieser Überleitungsbogen dient der Übermittlung von wichtigen Daten in Bezug auf MRSA an die nachfolgende Einrichtung (z.B. Altenheim) sowie die Hausärztin/ den Hausarzt.
Hervorzuheben ist auch, dass im Verlauf des Jahres 2012 Vertreterinnen/ Vertreter der niedergelassenen Ärztinnen/ Ärzte in die Arbeit des Arbeitskreises MRE- Netzwerk einbezogen werden konnten. Das MRE- Netzwerk soll in 2013 ausgedehnt werden auf die Langzeitpflegeeinrichtungen bzw. Seniorenheime in der Stadt Oberhausen. Die Miteinbeziehung dieser Einrichtungen in das Netzwerk ist überfällig, u. a. wegen der Zirkulation und Rezirkulation der MRE- Keime zwischen den Kliniken auf der einen und den Alteneinrichtungen auf der anderen Seite. Es gilt, diese wichtige Schnittstelle zu besetzen und Austausch sowie Kooperation zwischen den genannten Einrichtungen zu fördern.

Belehrungen

Wie bereits im letzten Jahr festzustellen war, ist die Zahl der Teilnehmenden an den Belehrungen weiter angestiegen. Im Jahr 2012 nahmen erstmals über 3.000 Personen an einer Belehrung teil. Insgesamt waren 3.009 Teilnehmende zu verzeichnen (2010 = 2.582 TN und 2011 = 2.641 TN). Da es im Jahr 2012 aufgrund von Personalengpässen teilweise schwierig war, ausreichende Termine für Belehrungen anzubieten bzw. die terminierten Belehrungen durchzuführen, ist das erzielte Ergebnis besonders erfreulich.

Hygiene

Die Neufälle in der TBC-Überwachung haben sich nach einem zeitweiligen Hoch in 2010 und 2011 zahlenmäßig auf den Durchschnitt der Vorjahre eingependelt. Die Bearbeitung von Hygiene-Plänen und deren Implementierung in allen KTE’s der Stadt ist noch nicht flächendeckend abgeschlossen. Diesbezüglich bedarf es in 2013 weiterer Anstrengungen.
Hinsichtlich der Entwicklung der gemeldeten Fälle von meldepflichtigen Infektionskrankheiten ist seit 2008 eine leichte Abnahme zu verzeichnen. Ob schon von einem Trend gesprochen werden kann, kann angesichts des kurzen Zeitraums noch nicht zuverlässig beurteilt werden. Die sehr schwankenden Zahlen bei der Begehung von Einrichtungen gem. § 17 ÖGDG sind der Organisation der Begehungen innerhalb des Fachbereiches geschuldet sowie der Tatsache, dass das Gesetz nur bei den Krankenhäusern jährliche Begehungen vorschreibt.
Wie zuletzt dargestellt müssen die zuständigen Behörden in Bezug auf die erneute Novellierung der Novelle der Trinkwasserverordnung zunächst Erfahrungen sammeln, bevor

diese in Bezug auf die inhaltlichen, administrativen und personellen Konsequenzen abschließend bewertet werden kann.
Zur Verbesserung der Hygiene in Kindertagesstätten ist die Fortsetzung des aus personellen Gründen ins Stocken geratenen Projekts der Aufstellung von Hygieneplänen eine feste Zielgröße für 2013.

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
Der KJGD deckt mit seinem multiprofessionell besetzten Team ein breites Aufgabenspektrum im Bereich der Kindergesundheit mit aus sozialpädiatrischer Sicht hoher Qualität ab.

Hierbei ist besonders zu erwähnen, dass Dank der Neubesetzung der Stelle der Motopädin im Oktober 2011 ein weiteres beratungsintensives Thema versorgt werden konnte.
Es zeigte sich im Berichtsjahr, dass, bestätigt durch die sehr hohe Nachfrage des einzelnen aber auch des kombinierten Einsatzes von Sprachtherapeutin und Motopädin, sowohl in der Diagnostik und Beratung, als auch in der Fortbildung, ein wichtiger Lückenschluss gelungen ist. Die Arbeit der Kolleginnen findet auch bei verwaltungsfremden Fachleuten hohe Anerkennung und trägt wesentlich zur positiven Darstellung des KJGD bei.

Dennoch besteht weiterhin die Notwendigkeit, im ärztlichen Gutachtenbereich große Anteile der Schuleingangsuntersuchungen durch den Einsatz von Honorarkräften abzuarbeiten.
Als neue Aufgabe ist die Einbindung in die Projektgruppe „Kein Kind zurücklassen“ dazu gekommen. Ziel dieser sicherlich sinnvoll investierten Zeit ist perspektivisch eine Verbesserung der Netzwerkarbeit und der Versorgungsstruktur der Bürgerinnen und Bürger; mit diesem Effekt ist aber eher mittelfristig zu rechnen.

Zahnmedizinischer Gesundheitsdienst
Über den Stand der Umsetzung des gesetzlichen Auftrages zur Gruppenprophylaxe gibt der **Betreuungsgrad** Auskunft. Dieser zeigt an, wie viel Prozent der zu betreuenden Kinder tatsächlich erreicht wurden.

Zur gesetzlich definierten Zielgruppe gehören in Oberhausen ca. 17.500 Kinder und Jugendliche. Da aus Kapazitätsgründen in Realschulen und Gymnasien noch keine Gruppenprophylaxemaßnahmen stattfinden, reduziert sich die Zahl der regelmäßig zu betreuenden Kinder auf ca. **16.000**. Dies entspricht unserer **Sollzahl** für die zahnärztliche Untersuchung und die praktischen Prophylaxeübungen. Fluoridierungsmaßnahmen werden bei vorliegendem Einverständnis der Erziehungsberechtigten an bleibenden Zähnen durchgeführt. Die Sollzahl hierfür beträgt 9.000. Ca. 25% unserer Zielgruppe erhält eine Intensivprophylaxe. Für diese 4.000 Kinder und Jugendliche sind häufigere Prophylaxeimpulse vorgesehen. Das vorrangige Ziel des Zahnmedizinischen Dienstes besteht darin, die Diskrepanz zwischen Sollzahl und Istzahl für alle Maßnahmen zu verringern und somit den Betreuungsgrad zu erhöhen.

Beratung für Menschen mit Behinderung
Die Behindertenberatung bot sich als umfassende Ansprechpartnerin für Behinderte und ihre Familien an und erreichte im Jahr 2012 insgesamt **424** erwachsene und minderjährige Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen. Im Rahmen der personellen Veränderungen wurden Angebote und Zuständigkeiten nun in Bezug auf Altersgruppen hin neu gegliedert. Mit dieser Fallzahl übertraf der Fachdienst auch die für das Jahr 2012 formulierte Kennzahl- Anforderung von 400 betreuten und beratenen Patientinnen und Patienten aus dem Lagebericht „Berichtswesen 2012“.

Die zunehmende Inanspruchnahme der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung ist auch für das laufende Jahr aufgrund der wachsenden Anzahl der Kinder mit Entwicklungsverzögerung oder Behinderung im Vorschulalter sowie durch die wachsende Zahl an Schülerinnen und Schülern mit einer geistigen und körperlichen Behinderung zu erwarten.

Beratungs- und Betreuungsstelle für HIV und sexuell übertragbare Krankheiten
Die Beratungsstelle beteiligte sich weiterhin an dem laufenden Landesprogramm zur Etablierung des neuen HIV- Schnelltests. Dieses Angebot hat sich inzwischen als Regelverfahren etabliert. In der Beratungsstelle wurde im Jahr 2012 eine Patientin/ ein Patient mit dem konventionellen Labortest und **185** Patientinnen**/** Patienten mit dem Schnelltest auf HIV getestet**,** davon 2 mit postivem Ergebnis. Bei 32 im Jahr 2012 durchgeführten kombinierten HIV- und Lues- Untersuchungen fanden sich 2 positive Ergebnisse (Bestätigung der positiven Schnelltests) sowie eine unbehandelte Syphilis-Erkrankung.

6. Fazit:

Der Bereich 3-4/Gesundheitswesen stellt erstmals für den Berichtszeitraum 2012 einen Tätigkeitsbericht vor.

Dieser Bericht gibt einen Überblick über die an das Gesundheitsamt gerichteten Anforderungen, macht seine Organisationsstruktur sichtbar und enthält die wichtigsten Fakten zu den im abgelaufenen Jahr durchgeführten Aktivitäten und Projekten.

Er stellt neben der derzeit im Neuaufbau befindlichen Homepage eine wichtige Maßnahme dar, dem berechtigten Interesse von Politik und Öffentlichkeit zu entsprechen, die Arbeit des Bereiches transparenter zu gestalten und das vorhandene Informationsbedürfnis von Bürgerinnen und Bürgern zu befriedigen.

Es ist vorgesehen, diesen Tätigkeitsbericht in Zukunft jährlich zu veröffentlichen. Allerdings wird In den nächsten Berichten auf eine wie in diesem Bericht umgesetzte breitere Darstellung des Aufgabenprofils des Bereiches 3-4/Gesundheitswesen sicher verzichtet werden können. Dagegen soll die analytische und diagnostische Funktion des Berichtes weiter gestärkt werden, um ihn dadurch besser als Grundlage bzw. Werkzeug für Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich Bevölkerungsmedizin nutzen zu können.